

Jahrbuch des Denkens

Zeitschrift der deutschen Kultur

Nr. 6–2022
6. Jahrgang

Jahrbuch des Denkens
Zeitschrift der deutschen Kultur

6. Jahrgang 2022, Heft 6

ISSN 2511-297X
ISBN 978-3-95948-541-8

Herausgeber
Peter-Gerdsen-Stiftung

E-mail: kontakt@peter-gerdsen-stiftung.de
www.peter-gerdsen-stiftung.de

Geschäftsführung
Hamid Reza Yousefi

Schriftleitung
Hamid Reza Yousefi
Harald Seubert

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dipl.-Ing. Peter Gerdsen
RA Ferdinand A. Hoischen
Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Jahrbuch des Denkens
erscheint jährlich zu folgenden Bezugsgebühren
Jahresabonnement 16 €

Verlag Traugott Bautz GmbH
Ellern Str. 1, 99734 Nordhausen
Telefon: 03631/466710; Fax: 03631/466711
E-mail: bautz@bautz.de

Besuchen Sie unsere Internetseite
www.peter-gerdsen-stiftung.de

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Liebe Leserinnen, liebe Leser!..... | 5 |
| Einleitung..... | 7 |
| <i>Peter Gerdzen</i> | |
| Demokratie als Waffe des Säkularismus | 13 |
| <i>Hamid Reza Yousefi</i> | |
| Anatomie der Pathologie ›Rassismus< | 23 |
| <i>Harald Seubert</i> | |
| Säkularismus und ihre Waffen | 33 |
| <i>Milorad Krstić</i> | |
| Fremdherrschaft über unsere Gedanken..... | 47 |
| <i>Detlev Reinke-Martin</i> | |
| Verlogene Sexualität | 63 |
| <i>Matthias Scherbaum</i> | |
| Säkularisation und Säkularismus..... | 73 |
| <i>Gabor Mues</i> | |
| Säkularisierte Geschichte | 85 |
| <i>Ljuba Kirjuchina</i> | |
| ›Alter weißer Mann< – was nun? | 93 |
| Buchbesprechungen..... | 105 |
| Herausgeber und Autoren..... | 133 |

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das JAHRBUCH des DENKENS ist eine ›Zeitschrift der deutschen Kultur‹ und versteht sich als ein wissenschaftliches Forum zur Analyse verschiedener Kulturformen in ihrer spezifisch deutschen Ausprägung, wie sie sich in der Wissenschaft, der Philosophie, der Literatur und der Kunst zeigen. Es ist vom Geist eines weltbürgerlichen europäischen Deutschlands, dem Zusammenhang von Universalismus und Patriotismus, bestimmt.

Das JAHRBUCH des DENKENS legt einen Kulturbegriff zugrunde, der davon ausgeht, dass sich einerseits das Wesen jeder Kultur nur dann erschließt, wenn die Kultur in ihrer zeitlichen Ausdehnung über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft betrachtet wird, dass aber auch andererseits die Entwicklung einer Kultur von Berührungen und wechselseitigen Befruchtungen beeinflusst wird, also interkulturelle Spielräume eröffnet, und dass drittens, die Inspirationsquelle einer Kultur in der zugrundeliegenden Religion zu sehen ist.

Das JAHRBUCH des DENKENS untersucht die vorherrschenden Strukturen des Denkens in verschiedenen Zeiten und Epochen. Wir gehen davon aus, dass sich am Grund der vielfältigen kulturellen Erscheinungen ein alle Erscheinungen beeinflussendes System freilegen lässt. Es stellt gleichsam den durch alle Verästelungen der Kultur hindurch pulsierenden Blutkreislauf dar. Die Untersuchung dieser Strukturen und ihrer Veränderung, also eine Tiefenanalyse von Denkkulturen, sind das Grundmotiv des Jahrbuchs.

Das JAHRBUCH des DENKENS erscheint einmal jährlich und steht allen Interessierten zur Mitarbeit offen, die sich der deutschen Kultur im europäischen Kontext verbunden fühlen, von dieser Kultur fasziniert sind und sich für diese Kultur positiv einsetzen wollen.

Hamid Reza Yousefi, Trier
und Harald Seubert, Basel

Einleitung

Wir brauchen eine neue weltpolitische Konstellation, in der die Macht nach neuen Verhältnissen auszurichten ist. China steigt als wirtschaftliche Supermacht auf, Russland besinnt sich und stellt sich militärisch hinter China, und der Iran als das Land mit dem größten Gasvorkommen der Welt mit seiner Führungsposition in der Region bilden ein Dreieck der Macht, das erfordert, dem westlichen Unilateralismus ein Ende zu bereiten.

Der Säkularismus hat seine Möglichkeiten, eine dialogische Demokratisierung in der Welt herbeizuführen, verspielt. Die Spanne der Gewalt erstreckt sich vom 18. Jahrhundert bis zur Post-Postmoderne. Alle Ziele in diesem Zeitraum wurden und werden durch militärische und wirtschaftliche Gewalt errungen.

Diese immanente Ideologie des Säkularismus ist unerträglich und teilweise menschenverachtend, weil jener sich zu sich selbst kannibalistisch verhält. Er steht – seit Bonhoeffer und anderen vom deskriptiven Befund der Säkularisierung zu unterscheiden Strömungen – im Zentrum der liberalistischen bzw. neoliberalistischen politischen Leitideologie im 21. Jahrhundert. Im Kern geht es um eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion, die sich oft militant gegenüber anderen Staatsformen ins Verhältnis setzt. Dem Säkularismus ist ein Wahrheits- und Alleingeltungsanspruch inhärent, der sich jederzeit zu verabsolutieren sucht.

Im Grunde genommen sind weite Teile des Säkularismus, die oft auch anderen Staatsformen innewohnen, gut für den Erhalt der Gesellschaft und das Zusammenwirken des Gemeinwesens. Das Militante an säkularen Staatsideologien ist aber ihre paternalistische und expansive Haltung, die oft in Konflikt und Gewalt endet. Das im Säkularismus enthaltene Feindbild anderen Positionierungen gegenüber, die fehlende Ambiguitätstoleranz, erweist sich als ein Abwehrmechanismus, um andere Staatsformen durch einen Vorgriff stufentheoretisch zu traktieren. Dafür bedient sich der Säkularismus, der ein neoliberalistisches Gewand trägt, einer Reihe von Begriffsapparaten, die zusammenhängen und aufeinander einwirken. Menschenwürde, Menschenrechte und die damit einhergehende Toleranz sowie Diskriminierung oder Rassismus kommen oft als Waffen zum Einsatz, um den

Säkularismus als absolutes Feld der ›Freiheit‹ und ›Rechtstaatlichkeit‹ zu feiern.

Die in den letzten drei Jahrzehnten organisierten und geführten Kriege im Irak, Libyen und Syrien zeigen, wie im Namen der Demokratie und Säkularität Menschenrechte und Menschenwürde mit Füßen getreten werden. Die Höhepunkte der Verletzung dieser Werte und Tugenden haben wir in Afghanistan erlebt und erleben wir immer noch, wo die westliche Allianz, die sich als ›Weltgemeinschaft‹ ausgibt, seit dem 11. September 2001 ohne völkerrechtlich verbindliche Erlaubnis des Weltsicherheitsrates wutvoller Terror und Krieg geführt worden ist. Das Ergebnis dieser völkerrechtswidrigen Kriege hat das Leben von mehr als 250.000 Menschen, darunter vielen Frauen und Kindern, genommen. Das Kriegsverbrechertribunal ist offenbar für die nichtwestlichen Führungsfiguren der Welt eingerichtet worden und nicht für diejenigen Politiker des Westens, die sich nicht weniger der Kriegsverbrechen oder der Beihilfe zu ihnen schuldig gemacht haben.

Weil Werte wie Freiheit und Selbstbestimmung positiv besetzt sind und sich jeder freiheitssuchende Mensch danach sehnt, setzen sie unsere Politiker als Waffe ein, um Kontrahenten mundtot zu machen. Wir kennen die Redeweise: »Wenn du nach China, Russland oder in den Iran gehst, vergiss die Menschenrechte nicht.« Auch Menschenrechtsorganisationen, die Hand in Hand mit unseren Politikern andere Länder wegen ihrer ›Menschenrechtsverletzungen‹ verurteilen, haben kaum ein europäisch-westliches Land wegen Menschenrechtsverletzungen mit Konsequenzen verurteilt. Doch Israel und andere Verbündete unserer politischen Ideologie, wie Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate, dürfen Menschenrechte verletzen, ohne dass das ins Gewicht fällt. Wir können nicht vergessen machen, dass die größte Menschenrechtsverletzung, auch nach der Normativität der UN, die Organisation und Führung von Kriegen ist.

Es ist daher ein notwendiges Unterfangen, sich mit den genannten, in ihrem Kern positiven Werten, die zu Waffen der Durchsetzung der eigenen Macht und Interessen erhoben worden sind, auseinanderzusetzen. Hierzu gehört der Mut, Sanktionen und/oder den Ausschluss aus dem öffentlichen Leben in Kauf zu nehmen.

Dieses Themas nimmt sich das vorliegende Heft an und analysiert die Waffen des Säkularismus aus verschiedenen Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften.

Peter Gerdzen betrachtet in historischer Perspektive die beiden Weltanschauungen der Transzendenz, in Europa verkörpert durch das Christentum einerseits, und der Immanenz andererseits, gekennzeichnet durch Atheismus und Materialismus. Seit den Zeiten der Aufklärung hat sich zunehmend die Bewegung des Säkularismus formiert, die eine fortschreitende Verweltlichung der Gesellschaft durch eine Schwächung des Christentums anstrebt mit dem Ziel, die Weltanschauung der Transzendenz durch eine solche der Immanenz abzulösen. Es wird gezeigt, dass sich die Staatsform der Demokratie, mit ihrer Ausformung in der Aufklärung und seit der Französischen Revolution, als besonders wirksame Waffe zur Erreichung dieses Ziels erweist.

Hamid Reza Yousefi diskutiert den Begriff ›Rassismus‹ vor kontextuellem Hintergrund. Er fokussiert unterschiedliche Dimensionen des Begriffs und stellt heraus, dass Rassismus immer auch Element einer historisch erwachsenen Vorurteils- und Verurteilungshaltung ist. Seiner Ansicht nach bedingt sich dieses Abwehrverhalten gegenüber allem, was der Mensch nicht kennt, nicht zuletzt aus dem individuellen soziologischen, psychischen, gesellschaftlichen wie persönlichen Erfahrungen und seinem Weltbild. Yousefi verweist auf die Bedeutung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Rassismus und Ressentiments durch reflektiertes Verhalten sowie eine kritisch-würdigende Akzeptanz und Auseinandersetzung mit dem Anderen zu begegnen. Gleichsam stellt er in diesem Zusammenhang Grundvoraussetzungen für das Entstehen von Rassismus dar, die sich in vielfältigem Gewand der Konkurrenz zeigen. Einen Lösungsansatz präsentiert Yousefi in Gestalt einer dialogischen Diskursform, die auf Basis einer Modellsituation dazu beitragen kann, die Entstehung rassistischer Ressentiments zu vermeiden.

Der Säkularismus destruiert nach Harald Seubert gewordene Formen der Transzendenz und errichtete, im Unterschied zu einer langfristigen Säkularisierung, die Konturen einer neuen Zivilreligion. Am Leitfaden der drei Kantischen Fragen: ›Was können wir wissen, was sollen wir tun, was dürfen wir hoffen?‹ zeigt Seubert, wie eine transzendent- und geschichtslose neue Leitideologie einen grundlegenden Angriff auf die Toleranz, Ethos und Wissenskulturen startet. Sie ist erfolgreich, weil sie im Namen von Aufklärung, Emanzipation und Diversität das Gegenteil bewirkt; eine neue Abrichtung. Wo der Mensch aber als ›homo humanus‹ auf seine Dispositio-

nen und Ressourcen zurückgreift, stößt diese (Selbst-)abrichtung auf enge Grenzen.

Eine Tendenz gegenwärtiger multimedialer Berichterstattung und Informationsaufbereitung nutzt, Milorad Krstić zufolge, Informationen gezielt zur Beeinflussung und Manipulation von Denk- und Handlungsweisen. Dies wirft die Frage auf, ob bestimmte Ereignisse so, wie sie präsentiert werden, tatsächlich vorgefallen sind. Man spricht von ›alternative facts‹, ›alternative truth‹. Vor diesem Hintergrund wird fraglich, was Verschwörungstheorien sind, wenn diese allmählich zu allgemeingültigen Wahrheiten erhoben werden, bzw. ob politische Interessenverbände, Gesellschaften, Wissenschaften oder Einzelpersonen Verschwörungen bewusst inszenieren. Die Parallele zum Ursprung menschlichen Handelns, das als Reaktion auf die ihn umgebende Umwelt gedeutet werden kann, lässt die Frage auftreten, wer in diesem undurchsichtigen Feld wen lenken will. Es wird deutlich, dass die gegenwärtige Gesellschaft als erwünscht geltende Denk- und Verhaltensweisen offiziell unterstützt, während sie jedwede Kritik und Zweifel zu unterbinden sucht. An vielfältigen Entwicklungen informationstechnologischer wie wirtschaftspolitischer Art wird verdeutlicht, wie der moderne und sich als ›frei‹ betrachtende Mensch unterschiedlichsten, teils subtilen Beeinflussungs- und Lenkungsmechanismen ausgesetzt ist, die seine Freiheit immer mehr zu einer bloß imaginären Wunschvorstellung eingrenzen. Ein Ausweg liegt in einer bewussten, kritisch-hinterfragenden Eigenverantwortlichkeit, die der Mensch wiederzuerlangen hat.

Detlev Reinke-Martin greift provozierend eine vermeintliche Nebensächlichkeit des Schöpfungsberichtes auf, nämlich das Feigenblatt. Er komponiert das Verhältnis zwischen Gott und Mensch als ein Liebesspiel, welches durch Sündenfall und Feigenblatt-Moral entfremdet wurde. In einer exegetischen Betrachtung vertieft er dieses Verhältnis und betont die Sprache als Beziehungsmodell dieser Geschöpflichkeit. Entsprechend den Grundgedanken des spanischen Philosophen Luis Alegre und dessen Lob der Homosexualität schafft Reinke-Martin Aktualisierungen zeitgemäßer Lebensweisen, die er bejahend zurück in das schöpfungsentsprechende freiheitliche Beziehungsmodell Gott und Mensch als ein Liebesverhältnis holt. Im Fazit protestiert der Verfasser mit Voltaire gegen dogmatische Verengungen, die er zuvor bereits lustbetont zurückgewiesen hat.

Matthias Scherbaum thematisiert das Ereignis der Säkularisation, das bis heute als Säkularismus weiterlebt. Zusammen mit der Aufklärung be-

stimmt der Säkularismus das gegenwärtige Leben in den westlichen Zivilisationen. Die Leistungen und Errungenschaften von Aufklärung und Säkularismus sind eindeutig: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Gleichberechtigung. Wie alle faktischen bzw. (zeit)geschichtlichen Phänomene, so weisen auch Aufklärung und Säkularismus Ambivalenzen auf, die man in einer Kette von Strömungen erblicken kann, die einen inneren Zusammenhang aufweisen: Eine bekannte Folge der Aufklärung war der Atheismus, der seinerseits zu Entwicklungen wie Nihilismus, Relativismus, Individualismus und Postmoderne geführt hat. Wenn diese Abfolge auch nicht mit zwingender Notwendigkeit überall in der westlichen Welt anzutreffen ist, so ist damit jedenfalls eine unübersehbare Tendenz derselben benannt, die mitunter schwerwiegende Probleme im Gefolge hat. Durch den Umstand bedingt, dass sich in diesen säkularen Strömungen samt ihren Problemen immer wieder krypto-religiöse Aspekte auffinden lassen, unternimmt es der Autor, diese herauszuarbeiten und damit ein Bild der gegenwärtigen westlich-säkularen Kultur in ihrer ambivalenten Verfasstheit zu zeichnen.

Gabor Mues thematisiert anhand der Thesen von Eric Voegelin (1901-1985) die Entwicklung eines säkularen Geschichtsverständnisses, das das heilsgeschichtliche Verständnis von Geschichte seit der Aufklärung vollständig ersetzt zu haben scheint. Beginnend mit Joachim von Fiore (1135-1202), der die Idee eines Dritten Reiches des Geistes propagierte, das den Reichen des Vaters und des Sohnes folgen würde und die Augustinische Auffassung des *saeculum* als eine Zeit des Wartens auf die Wiederkunft Christi auflösen werden, werden Kontinuitätslinien aufgezeigt, die über die Aufklärung und Voltaire bis in die Gegenwart reichen. Die Kirche verlor am Ende dieses Prozesses nicht nur ihre führende Stellung im zivilisatorischen Prozess, sondern auch ihre geistige Führung mit der Folge, dass Proponenten ›progressiver‹ Heilsgeschichten an ihre Stelle treten. Die Aktualität dieser These verteidigt Mues gegen Voegelins Kritiker, die ihm eine ›metaphysischen Überhöhung des Politischen‹ vorwerfen und sieht Voegelin im Blick auf, diverse ›Krisen‹ aus jüngster Zeit gerechtfertigt.

Ljuba Kirjuchina setzt sich in ihrem Aufsatz mit der medial inszenierten Katastrophenstimmung, den Schuldzuweisungen und der Konstruktion eines neunen ›Sündenbocks‹ auseinander, der sich als Kollektivsingular ›alter weißer Mann‹ definieren lässt und auf extrem dichotomen sozialen Deutungsmustern von Gut und Böse beruht. Ausgehend vom pauschalisier-ten Urteil, die hegemoniale Gruppe der weißen, christlich sozialisierten

Männer in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen habe erneut die Welt in eine Katastrophe gesteuert, untersucht sie die Auswirkungen der dem europäischen Denken inhärente Ideologie der ›White Supremacy‹ auf den Prozess einer Aushandlung von individuellen Geltungsansprüchen in realen Krisensituationen. Da im Gewirr der sich überschlagenden Krisenereignisse die Faktenlage häufig unklar bleibt und die Zukunft als unsicher erscheint, zieht Kirjuchina zur Verdeutlichung der aktuellen gesellschaftlichen Konfliktkonstellation die Erzählung von Hermann Hesse ›Der Europäer‹ heran, um am Beispiel eines fiktionalen literarischen Modells die Kausalzusammenhänge in der Reflexion von tatsächlichen Krisenerfahrungen und anthropogenen Katastrophen analytisch zu erfassen. Im Hintergrund der europäischen gesellschaftsanalytischen Werke und der neuen Kultur des sozialen Ausschlusses zeigt die Autorin die Ursachen und Faktoren auf, die den gesellschaftlichen Diskurs in eine Sackgasse führen.

Redaktionelle Anmerkungen

Ziel des Heftes ist nicht, den Säkularismus und die damit verbundenen Werte in ein schlechtes Licht zu stellen oder zu denunzieren. Dies wäre eine zu leichte Übung und der Wissenschaft unwürdig. Es geht darum zu beschreiben, dass wir unsere Aufgabe in der Weltpolitik im Kantischen Sinn in Verantwortung vor der Moral, und vor allem in Referenz zur Menschenwürde zu tragen haben. Mit der Berufung auf Menschenrechte und Toleranz machtpolitische Ziele zu verfolgen, ist aber Hypokrisie, es heißt, Konflikt und Gewalt statt Dialog zu begünstigen, der eine verlorene Tugend der Weltpolitik zu sein scheint. Wir brauchen eine innenpolitische und auswärtige Kultur des Dialogs, der deutlich macht, dass auch der Andere Recht haben könnte und dass wir auch von anderen lernen können. Die vorliegenden Beiträge sind ausdrücklich Meinungen der Verfassenden und repräsentieren nicht in jedem Falle die Auffassung der Schriftleitung.

Hamid Reza Yousefi, Trier, Potsdam
und Harald Seubert, Basel, München

Demokratie als Waffe des Säkularismus

Peter Gerdzen

Einleitung

Zunächst wird in historischer Perspektive ein Blick auf die beiden Weltanschauungen der Transzendenz, in Europa verkörpert durch das Christentum, und der Immanenz, gekennzeichnet durch Atheismus und Materialismus, geworfen. Seit den Zeiten der Aufklärung formierte sich zunehmend die Bewegung des Säkularismus, die eine fortschreitende Verweltlichung der Gesellschaft durch eine Schwächung des Christentums anstrebt mit dem Ziel, die Weltanschauung der Transzendenz durch eine solche der Immanenz abzulösen. Ebenfalls brachte die Aufklärung eine besondere Staatsform ›Demokratie‹ hervor, die seitdem gewissermaßen als Heilslehre bis in die heutige Zeit hinein gepriesen wird. Wenn man sich vor Augen führt, dass sowohl die Bewegung des Säkularismus als auch die Staatsform der ›Demokratie‹ aus dem Gedankengut der Aufklärung hervorgegangen sind, dann ist zu vermuten, dass beide aufeinander bezogen sind: Der Säkularismus wird den Demokratie-Gedanken in der Ausprägung durch die Aufklärung befördern, während andererseits die Staatsform der Demokratie die Ausbreitung des Säkularismus unterstützt. Dieser Gedanke wird dann besonders deutlich, wenn man sich den Ideengehalt der Aufklärungsbewegung ansieht. Angesichts der Tatsache, dass die Bewegung eine starke Neigung hat, sich selbst in strahlendem Licht erscheinen zu lassen, als sei mit ihr das Licht der Erkenntnis in die Welt gekommen, während in den Zeiten davor alles in geistiger Dunkelheit verharrte, ist es wichtig, eine realistische Charakterisierung der Aufklärung zu verwenden. Eine solche findet man bei Arnold Gehlen: »Die Aufklärung ist, kurz gesagt, die Emanzipation des Geistes von den Institutionen. Sie löst die Treuepflicht zu außerrationalen Werten auf, hebt die Bindungen durch Kritik ins Bewusstsein, wo sie zerarbeitet und verdampft werden, und stellt Formeln bereit, die

Angriffspotential, aber keine konstruktive Kraft haben, wie die Rede vom ›neuen Menschen‹ oder von der Unmenschlichkeit der Herrschaft.«¹

Transzendenz, Säkularismus, Immanenz

Als nächstes wird ein Blick auf die Begriffe Transzendenz, Säkularismus und Immanenz geworfen. Die Weltanschauung der Transzendenz lässt sich auf folgende Weise kennzeichnen: »Alles Sichtbare, Materielle und Endliche in dieser Welt ist die Offenbarung eines unsichtbaren, immateriellen und unendlichen Geistigen. So ist auch der Mensch in seiner endlich-materiellen Existenz auf Erden die Offenbarung einer ewigen geistigen Individualität.«² Ihren Ausdruck findet diese Weltanschauung in der Religion. Zu allen Zeiten haben die Menschen Religion gehabt; so ist eigentlich nur zu fragen, wie sie verloren gegangen ist. Deshalb könnte man annehmen, dass alle Religionen dieser Welt einen gemeinsamen Kern haben, der sie verbindet. Die Sogwirkung, welche die Welt auf den Menschen ausübt, lässt ihn leicht vergessen, dass er zwar in der Welt lebt, aber nicht von dieser Welt ist und aus vielerlei Gründen nicht sein kann. Hier ist die Religion von Bedeutung; denn sie hilft dem Menschen, die Verbindung zur geistigen Welt, der wahren Heimat des Menschen aufrechtzuerhalten. Diese geistige Welt ist die eigentliche Erkenntnis- und Kraftquelle des Menschen für seine irdische Existenz.

Was die Sogwirkung, welche die Welt auf den Menschen ausübt, angeht, so ist der Säkularismus dafür ein wesentlicher Verursacher. Man versteht darunter eine Weltanschauung, die sich auf die Immanenz und Verweltlichung der Gesellschaft beschränkt und auf darüber hinausgehende Fragen verzichtet. Es geht um jede Form von Verweltlichung, im engeren Sinn aber um die durch den Humanismus und die Aufklärung ausgelösten Prozesse, die die früheren engeren Bindungen an die Religion gelöst und den Lebenswandel zunehmend auf Basis menschlicher Vernunft begründet haben. Eine entscheidende Rolle für die Säkularisierungsbewegung nahm der von der Aufklärung geprägte Theologe Johann Salomo Semler ein. Er gilt als der ›Vater‹ der historisch-kritischen Methode in der Theologie.³ Dabei wurde

¹ Gehlen, Arnold: *Moral und Hypermoral – Eine pluralistische Ethik*. Frankfurt/Main 1973.

² Gerdzen, Peter: *Das moralische Kostüm geistiger Herrschaft – Wie unter dem Deckmantel der Moral Macht ausgeübt wird*, Nordhausen 2012, S. 14.

³ Vgl. Semler, Johann Salomo: *Abhandlung von freier Untersuchung des Canon* (in vier Bänden), 1771–1775, hrsg. v. Heinz Scheible, Berlin 1980.

der Bibeltext als ein geschichtlich geformter anerkannt und nicht als reine Offenbarung nur wörtlich genommen. Dieser Säkularismus hat die christlichen Kirchen entgeistigt und entkernt, so dass sich das Christentum als eine ›Sozialreligion‹ mit dem Charakter einer reinen ›Diesseitsreligion‹ erweist. Damit ist das Christentum seiner kulturstrukturierenden Kraft beraubt worden. So wurde alles, was durch das Christentum im Laufe von fast zweitausend Jahren in der Kultur Form, Gestalt und Struktur erhielt, entfernt. Natürlich hat das gravierende Folgen; Orientierungs- und Haltlosigkeit breiten sich aus. Der Ruf nach ›Werten‹ wird immer lauter. Wer kennt noch das Neue Testament, das Kerndokument des Christentums? Wenn überhaupt, wird es nur noch durch die Brille der ›Politischen Korrektheit‹ gelesen. So führt ein gerader Weg von der Weltanschauung der Transzendenz über die Säkularisierung zur Weltanschauung der Immanenz, bei der sämtliche Bindungen an die Herkunft des Menschen gekappt wurden.

Die Idee der Demokratie

Die folgenden Ausführungen werden die Veränderung des Demokratiedankens im Laufe der Geschichte darstellen, und zwar in drei Schritten: ›Die Idee der Demokratie‹, ›Der Demokratiedanke in der Aufklärung‹ und ›Die Realität der Demokratie in der Gegenwart‹.

Zunächst zur Idee der Demokratie. Lange Zeit hatte man gemeint, dass über die Monarchie der Vorteil eines Volkes am besten zu verwirklichen sei. Aber zu einem bestimmten Zeitpunkt kam die Theorie auf, ein Volk müsse sich selbst regieren. Ein wahrhaft revolutionärer Gedanke! Früher war es der König von Gottes Gnaden, von dem die Herrschaft ausging. Aber dann kam die Idee, die Herrschaft müsse von den Beherrschten selbst von unten aufsteigen. Nicht mehr der König, sondern das Volk selbst sollte der Souverän sein. Der Gedanke der Volkssouveränität war geboren.

Das Wort ›Demokratie‹ ist im antiken Griechenland entstanden und bedeutete dort die direkte Volksherrschaft. Der Begriff ›Volk‹ wurde in jener Zeit sehr eng gefasst, da mit diesem nur einer äußerst begrenzten Gruppe von Bürgern politische Partizipationsrechte eingeräumt wurden. So konnten in einer griechischen Polis nur freie Männer an Volksversammlungen teilnehmen. Die Abkehr vom Grundgedanken der Demokratie wurde Ochlokratie, also ›Herrschaft des Pöbels‹ genannt. Bereits damals wurde das Konzept der Demokratie kritisch gesehen. So zählt Aristoteles die Demokratie in seiner Staatsformenlehre zu einer der drei ›entarteten‹ Verfassungen,

in denen die Regierenden nur ihrem Eigennutz dienen. Dabei beschreibt er die Demokratie als eine Herrschaft der vielen Freien und Armen zur Lasten der Tüchtigen und Wohlhabenden, da diese aufgrund ihrer Mehrheit die Politik bestimmen.

Der Demokratie-Gedanke in der Aufklärung

Die gegenwärtige Form der sogenannten ›Liberalen Demokratie‹, die von den Vereinigten Staaten als hegemonialer Führungsmacht in die Welt getragen wird, hat ihre Ursprünge in der europäischen Aufklärungsbewegung. Wichtige Wegbereiter des Demokratie-Gedankens sind Jean-Jacques Rousseau, John Locke und Charles Louis de Montesquieu. 1762 veröffentlichte Jean-Jacques Rousseau seine Idee ›Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes‹⁴, das als sein politisch-theoretisches Hauptwerk gilt. Dieses Werk, als ein Schlüsselwerk der Aufklärungsphilosophie, kann als Wegbereiter moderner Demokratie und Demokratietheorie gelten. 1689 veröffentlicht John Locke, der als Vater des Liberalismus gilt, sein Werk ›Zwei Abhandlungen über die Regierung‹⁵, in dem er eine Theorie der Gewaltenteilung entwickelt. 1748 veröffentlicht Charles Louis de Montesquieu seine geschichtsphilosophische und staatstheoretische Schrift ›Vom Geist der Gesetze‹⁶, in der die Trennung der Bereiche Gesetzgebung, Rechtsprechung und Regierungsgewalt, mit anderen Worten die so genannte Gewaltenteilung entwickelt wird. So entstehen die Prinzipien des Parlamentarismus, den der Rechtswissenschaftler Hans Kelsen als »Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein vom Volke auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, also demokratisch gewähltes Kollegialorgan, nach dem Mehrheitsprinzip«⁷ definiert, und der Gewaltenteilung.

Die Realität der Demokratie in der Gegenwart

Bei der gegenwärtigen Form der Demokratie handelt es sich um eine ›repräsentative Demokratie‹. Man versteht darunter eine Herrschaftsform, in welcher die ›Volksherrschaft‹ indirekt durch vom Volke gewählte Repräsentanten

⁴ Vgl. Rousseau, Jean-Jacques: *Der Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts*, Wiesbaden 2008.

⁵ Vgl. Locke, John: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, übers. V. Hans Jörn Hoffmann, hrsg. und eingeleitet von Walter Euchner, Frankfurt/Main 1977.

⁶ Vgl. Montesquieu, Charles Louis de: *Vom Geist der Gesetze I und II*, hrsg. u. übers. v. Ernst Forsthoff, Tübingen 1951.

⁷ Kelsen, Hans: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Tübingen 1929, S. 28.

sentanten verwirklicht werden soll. Im Gegensatz zur direkten Demokratie, in welcher das Volk nicht nur Personen wählt, sondern auch mit abstimmt, kommt es in der repräsentativen Demokratie selten bis nie zu Volksentscheiden. Die Realität der Demokratie in der Gegenwart wird nun entscheidend bestimmt: erstens durch die Parteien, die laut Grundgesetz bei der Willensbildung des Volkes mitwirken, tatsächlich aber sich den Staat zur Beute gemacht haben, und zweitens durch die Medien, die sich neben Legislative, Judikative und Exekutive zu einer Vierten Gewalt entwickelt haben, die keiner Kontrolle unterliegt.

Unterwanderung durch Parteien

In der repräsentativen Demokratie werden, formal betrachtet, die maßgebenden Entscheidungen für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben von den gewählten Volksvertretern im Parlament getroffen und in allgemein geltende Gesetze gegossen. Je mehr Lebensbereiche gesetzlich zentral bestimmt und inhaltlich reglementiert werden, desto mehr Macht konzentriert sich in den Händen des Parlaments und der von ihm gewählten Regierung. Und umso mehr wird das Parlament zu einem magnetischen Anziehungspunkt für die verschiedensten Lobby-Gruppen in der Gesellschaft, die in ihrem Sinne auf seine Entscheidungen Einfluss nehmen wollen. Nie geht es um das bestmögliche Wohl aller.

Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, eigentlich simple zivile Vereine, die sich aber nicht damit begnügen, Einfluss auf die Abgeordneten und Regierungsmitglieder auszuüben, sondern diese gleich selber stellen. Sie haben in der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen praktisch ein Monopol errungen, unabhängige Kandidaten sind gegen ihre aus Steuer-Töpfen angesaugte Finanzmacht und breite mediale Unterstützung praktisch chancenlos. Und selbst wenn es ein Einzelner einmal schaffen sollte, in das Parlament gewählt zu werden, kann er gegen die geballten Fraktionen der Parteien nichts ausrichten. Denn die Parteimitglieder sprechen und handeln im Parlament nicht als Einzelne, sondern als Stimme der Parteilinie, wozu sie der faktische Fraktionszwang verpflichtet; wer ausschert, wird nicht wieder aufgestellt.

So hat die Parteifaktion oder Koalition mit den meisten Abgeordneten die Mehrheit, die ihr durch die Geschlossenheit des Abstimmens die absolute Herrschaft über die Legislative verschafft. Die Mehrheitspartei bestimmt allein, wie die Gesetze aussehen, die bereits in den Gremien der

Partei bzw. Koalition beraten und beschlossen werden, so dass der Gesetzgebungsprozess im Parlament praktisch nur noch eine reine Formsache ist, eine Show für das Wahlvolk. Denn die kleineren Oppositionsparteien können mit ihren Minderheitsstimmen von vorneherein keine Änderung mehr herbeiführen.

Da das Parlament die Regierung wählt, ist es die Mehrheitspartei, welche die Zusammensetzung der Regierung bestimmt, die natürlich aus den eigenen Vertretern, zumeist aus den Reihen der eigenen Abgeordneten gebildet wird. Damit wird aber die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive de facto aufgehoben. Das Parlament kontrolliert nicht mehr wirklich die Regierung, weil beide aus Mitgliedern derselben Partei bestehen.

Und weil von der Legislative die Richter der Bundesgerichte und von der Landes-Regierung die Richter der übrigen Gerichte eingesetzt werden, wird auch die Judikative personell und damit auch inhaltlich weitgehend von derselben Partei bestimmt, so dass letztlich auch von einer unabhängigen Judikative nicht die Rede sein kann. Unabhängige Entscheidungen sind zwar noch möglich, sie hängen aber von der inneren Unabhängigkeit und dem Mut einzelner Richter ab.

Wenn eine Partei oder Parteienkoalition prinzipiell alle drei Staatsgewalten dominiert, muss man von einer absoluten Parteiherrschaft sprechen, einer Parteien-Oligarchie, wie sie der Basler Philosoph Karl Jaspers bereits in den 60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts in seiner Schrift »Wohin treibt die Bundesrepublik?« genannt hat. Äußerlich läuft alles in getrennten demokratischen Institutionen ab, innerlich ist es jedoch eine Einparteiherrschaft, eine absolute Herrschaft Weniger, in Wahrheit aber keine Demokratie. Und da »die Gewaltenteilung ein tragendes Organisations- und Funktionsprinzip der Verfassung eines Rechtsstaats ist« – wie es in Wikipedia heißt –, handelt es sich auch nicht um einen Rechtsstaat in seiner vollen Bedeutung.

Etablierung der Medien als vierte Gewalt

Die uneingeschränkte Freiheit der Medien wird durch das Grundgesetz garantiert. Im Artikel 5 Absatz 1 heißt es: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt«.

Dieser Absatz im Artikel 5 besteht aus zwei Teilen. Einmal geht es um das Recht der freien Meinungsäußerung. Das ist selbstverständlich. Weniger selbstverständlich ist jedoch die »Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film«; denn der Komplex von Presse, Rundfunk und Film, der unter dem Begriff Medien zusammengefasst wird, ermöglicht ungeahnte Möglichkeiten der Beeinflussung des Denkens und der Meinungsbildung der Bürger. Welche Aufgabe kommt den Medien in einer Demokratie zu? Information über Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie auch die Erklärung dieser Vorgänge unter strikter Wahrung des Grundsatzes »Comment is free, but facts are sacred«.

Der durch die Verfassung abgesicherte Verzicht auf eine Kontrolle der Medien ist ein wesentliches Merkmal der ›Liberalen Demokratie‹ und bemerkenswert, weil das in der Gewaltenteilung zum Ausdruck kommende Prinzip der Kontrolle hier nicht zur Anwendung kommt. Zwar gibt es einen Deutschen Presserat als Organisation der großen deutschen Verleger- und Journalistenverbände, der sich die Aufgabe gegeben hat, für die Pressefreiheit und die Wahrung des Ansehens der deutschen Presse einzutreten. Der Presserat will als freiwilliges Selbstkontrollorgan der deutschen Presse fungieren und sich um die Beseitigung von Missständen im Preszewesen kümmern.

Die ›Liberalen Demokratie‹ mit den Merkmalen Parlamentarismus, Mehrheitsentscheidung, Gewaltenteilung und allgemeine Wahlen ergänzt durch das Prinzip des Säkularismus und begleitet durch ein freies unkontrolliertes, in dieser Form durch die Verfassung geschütztes Mediensystem ist konstruktionsimmanent erstens instabil mit der Gefahr des Umkippons in einen Totalitarismus und mit der Gefahr des moralischen Verfalls und zweitens gefährdet, weil sie ein breites Einfallstor für Fremdherrschaft bildet.

So wird dann aufgrund mehr oder weniger willkürlicher Kriterien per Mehrheitsbeschluss festgelegt, was Recht und was Unrecht ist. Wer schützt nun den einzelnen, wenn die Gesellschaft per Mehrheitsbeschluss Unrecht zu Recht erklärt? Die Grundrechte einer demokratischen Verfassung sind nicht nur dazu da, den einzelnen vor dem Staat zu schützen, sondern sie sind auch und vor allem dazu da, den einzelnen vor der Gesellschaft zu schützen. Wenn dieser Schutz fehlt, dann gibt es keine Instanz mehr, die ihm Recht verschaffen könnte.

Auch wenn die Grundrechte nicht abgeschafft werden können, so sind sie doch interpretierbar. Wer also schützt die Grundrechte vor einer Inter-

pretation, die mit der ursprünglichen Zielsetzung nichts mehr zu tun hat? Was bleibt, ist nur noch kollektive Willkür als Rechtsgrundlage. Damit aber entzieht sich der Staat seine Legitimität. Alexis de Tocqueville, der bedeutendste Analytiker der modernen Demokratie, schrieb: »Wo eine Gesellschaft sich anmaßt, in letzter Instanz über Recht und Unrecht zu entscheiden, wo die Gesellschaft ihr Interesse zum Recht erklärt, wird Demokratie zur Tyrannis«. Schon in der Antike wurde die Demokratie immer wieder abgeschafft, weil sie dazu neigte, das Recht im Interessenkampf der Gesellschaft aufzulösen.⁸

Demokratie: Verlust der Freiheit des Individuums

Die Bewegungen am Beginn der Neuzeit, die Renaissance, der Humanismus, erwiesen sich als idealer Nährboden für einen wachsenden Einfluss des Staates. Im Mittelalter hatte der Staat selbst keine Rechte. Das änderte sich mit den geschriebenen Verfassungen. Diese stellten den Staat über das Recht – der Staat schafft, definiert und interpretiert die Verfassung selbst, er hat das Monopol, über seine eignen Gesetze zu entscheiden. Dies bringt den Staat in die Lage, in eigener Machtvollkommenheit darüber zu befinden, was Recht ist und wie es anzuwenden ist. In dem Augenblick, als der Staat über das Recht gestellt wurde, wurde das Individuum schutzlos gegenüber Eingriffen des Staates unter dem Mantel des Rechts.

Woher kommt das Recht? Unter Juristen gibt es die Auffassung, dass Recht ›geronnene Politik‹ sei. Demnach wäre die gesamte Rechtsordnung durch politische, also menschliche Beschlüsse ›gesetzt‹, lateinisch ›positum‹. Die entsprechende Rechtslehre heißt ›Rechtspositivismus‹. Einer ihrer klassischen Verfechter, Hans Kelsen, war 1911 der Ansicht, »ein Unrecht des Staates muss unter allen Umständen ein Widerspruch in sich selbst sein«. Mit dem Rechtspositivismus allerdings lässt sich jede Diktatur legitimieren. Es gibt eine Reihe von Prinzipien und Regeln, die als Naturrecht gelten müssen. Nach der Heiligen Schrift stammen sie von Gott: die Achtung der Familie, das Tötungsverbot, der Eigentumsschutz, die Gleichheit vor dem Gesetz.

In jeder Gesellschaft müssen die drei Ebenen Individuum, Familie und Staat ihre Kompetenzen gegeneinander abgrenzen und zu einem Gleichge-

⁸ Vgl. Leisenberg, Wolfgang: *Zielverlust oder das Dilemma der philosophischen Ethik*, in: Pluralismus und Ethos, Gießen 1999.